

JA

zur Änderung des Gesetzes über Handel und Gewerbe

JA zur zeitgemässen Hauptvorlage des Grossen Rates



Medienmitteilung

Bern, 7. März 2021

Kantonale Volksabstimmung vom 7. März 2021 – Änderung des Gesetzes über Handel und Gewerbe

Bedauerliches Nein zu zwei zusätzlichen Sonntags-Verkäufen

Die Bernerinnen und Berner lehnen zwei weitere Sonntags-Verkäufe ab. Die Erweiterung des Jugendschutzes auf E-Zigaretten, welche bereits im Grossen Rat unbestritten war, fand eine Mehrheit.

Zusätzliche Sonntagsverkäufe scheinen einen Teil der Bevölkerung im Kanton Bern nicht zu interessieren. Bereits heute kann man sich an Sonntagen mit Waren eindecken.

Tankstellenshops, Kioske, Videotheken, Bäckereien, Metzgereien, Blumengeschäfte, kleine Lebensmittelgeschäfte und Geschäfte in Tourismusgemeinden dürfen an Sonntagen und öffentlichen Feiertagen geöffnet sein. Dadurch wurde die Bedeutung der vorgeschlagenen Änderung relativiert. Die Ablehnung ist eine verpasste Chance, das lokale Gewerbe zu unterstützen.

Liberalisierungen von Ladenöffnungszeiten haben es in Volksabstimmungen generell schwer, weil sich immer ein Teil der Stimmberechtigten mit dem Status Quo arrangiert hat und die Vorteile einer neuen Regelung meist nur einer Minderheit dienen.

Die kurz vor der Abstimmung stattgefundenene Diskussion im Ständerat im Rahmen der Beratungen zu den Änderungen im Covid-Gesetzes, wonach die Kantone in diesem und im nächsten Jahr bis zu zwölf Sonntagsverkäufe hätten durchführen dürfen, hat Verwirrung gestiftet und den Gegnern mit ihrer Behauptung, das Verkaufspersonal müsse nun vermehrt zu Sonntagsarbeit antreten, Auftrieb verliehen.

Das Komitee «Ja zur zeitgemässen Vorlage des Grossen Rates» ist enttäuscht über die Ablehnung der Hauptvorlage. Die Zustimmung zum Eventualantrag, das heisst die rechtliche Gleichstellung der E-Zigaretten mit den herkömmlichen Raucherwaren, nimmt das Komitee mit Befriedigung zur Kenntnis.

JA

zur Änderung des Gesetzes über Handel und Gewerbe

JA zur zeitgemässen Hauptvorlage des Grossen Rates



Im Komitee hatten sich fünf Innenstadtorganisationen, sechs Wirtschaftsverbände, vier Jungparteien und fünf politische Parteien engagiert.



Website: www.hauptvorlage.ch

Kontakte:

- Jan Gnägi, Parteipräsident und Grossrat BDP, Aarberg, 079 299 37 77
- Sandra Hess, Grossrätin FDP und Stadtpräsidentin, Nidau, 079 848 78 24
- Michael Köppli, Grossrat glp, Wohlen bei Bern, 079 743 30 89
- Raphael Lanz, Grossrat SVP und Stadtpräsident, Thun, 079 950 80 08
- Stefan Nobs, Geschäftsführer FDP Kanton Bern, 032 384 45 62